

Ökologische

D e b a t t e

1

Sarah Kovac, Franziska Sperfeld

Die Lage der NGOs angesichts multipler Krisen und Shrinking Spaces

Civil society stakeholders play an increasingly important role in overcoming global crises such as climate change. It is often local political organizations that draw attention to the immediate consequences of climate change on the ground. The article questions whether the increase in civil society stakeholders has also led to a growing influence of civil society actors, with a focus on how civil society stakeholders can participate. On the basis of our own evaluations, it is shown that in many countries, participation exists only on paper. Civil society actors are often excluded from important political decisions. Owing to the paucity of supranational agreements protecting civil society actors, local environmental groups have come to expect occasional reprisals from state authorities or companies. Finally, the article considers how the SARS-CoV-2 pandemic will affect civil society. What dangers do the measures to contain the pandemic pose, and what opportunities does the crisis offer?

Angesichts sich zunehmend global auswirkender Krisen wie dem Klimawandel kommt Akteuren aus dem zivilgesellschaftlichen Sektor – wie beispielsweise NGOs und sozialen Bewegungen – weltweit eine immer wichtigere Rolle zu. Denn in vielen Fällen sind es vor allem diese zivilgesellschaftlichen Akteure, die auf die konkreten Auswirkungen der Krisen vor Ort aufmerksam machen. Während staatliche Organisationen die Probleme zum Teil herunterspielen oder ignorieren, legen zivilgesellschaftliche Akteure gleichsam den Finger in die Wunde. Nicht selten müssen sie darum mit Repressalien durch ökonomische und staatliche Interessengruppen rechnen. Als Teilnehmer länderübergreifender umweltpolitischer Debatten sind zivilgesellschaftliche Organisationen zugleich in vielen Fällen lokal eingebunden. Dadurch tragen sie – gerade auch im Umwelt- und Klimaschutz – oft maßgeblich dazu bei, vor Ort Lösungen zu finden und die Aktionen und Debatten auf der lokalen Ebene an nationale und internationale Aktionen und Debatten anzuschließen. Damit spielen die zivilgesellschaftlichen Akteure eine Schlüsselrolle bei der effektiven Umsetzung von umweltpolitischen Beschlüssen und Maßnahmen auf der lokalen Ebene. Im Umwelt- und Klimaschutz agieren viele lokale Akteure dabei zum einen als Anwalt der Natur, zum anderen vertreten sie die Interessen der Menschen vor Ort. Indem sie dabei zwischen den verschiedenen Erwartungen und Interessen vermitteln, können sie zu mehr Transparenz und damit zu einer erfolgreichen und langfristig wirksamen Umwelt- und Klimapolitik beitragen. Zugleich sind sie ein wichtiger Garant dafür, dass die Bewältigung der Umwelt- und Klimakrise mit Aspekten der sozialen Fairness zusammengedacht wird.¹ Grafik 1 gibt einen Überblick über die verschiedenen Aktivitäten der Zivilgesellschaft im Bereich des Klimaschutzes.

Die umfangreichen Veröffentlichungen zu Klimaschutzprogrammen und Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene sowie die große Zahl an zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Beobachterstatus bei den Klimakonferenzen scheinen auf den ersten Blick von einem wachsenden Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure im Umwelt- und Klimaschutzbereich zu zeugen. Viele politische Entscheidungsträger, so könnte man daraus schließen, haben die wichtige Funktion der NGOs erkannt und arbeiten bei der Politikplanung und bei der Implementierung von Maßnahmen eng mit diesen zusammen.²

Keine Diskussion auf Augenhöhe

Im Rahmen des Projekts ZIVIKLI³ hat das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) staatlich initiierte umwelt- und klimapolitische Partizipationsprozesse in verschiedenen Ländern untersucht. Die Auswertung einer ersten Stichprobe von Fallbeispielen zeigt, dass es in vielen Fällen nicht zu einer ergebnisoffenen Diskussion auf Augenhöhe zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und staatlichen Behörden kam.⁴ Dieser Befund steht im Widerspruch zu der oben formulierten Annahme eines wachsenden politischen Einflusses von Nichtregierungsorganisationen im Umwelt- und Klimaschutz.

In den untersuchten Fällen sind es vor allem prozessuale Barrieren, die einen Austausch von Ansichten, Interessen und Erfahrungen zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und damit eine gemeinsame Lösungsfindung erschweren. Bei den im Rahmen der UfU-Studie untersuchten Beteiligungsformaten lassen sich vor allem drei Arten von Defiziten benennen: erstens eine fehlende Umsetzung der Beteiligungsgesetzgebung (Beteiligung auf dem Papier), zweitens eine nur geringe Beteiligungstiefe sowie drittens eine unzureichende Berücksichtigung der Ergebnisse des Partizipationsprozesses.

Als „Beteiligung auf dem Papier“ lassen sich Partizipationsformen beschreiben, die einerseits gesetzlich – etwa in Form von internationalen Konventionen und Leitlinien – vorgeschrieben sind, die jedoch andererseits auf der faktischen Ebene nicht zu einem Ausbau der Partizipation führen. Hierzu zählt z.B. der in einigen Leitlinien festgeschriebene Grundsatz einer freien, vorab eingeholten und auf einer ausreichenden Informationsgrundlage beruhenden Zustimmung der Stakeholder (free prior and informed consent). Die Untersuchung hat gezeigt, dass zivilgesellschaftliche Akteure die ihnen laut der entsprechenden Leitlinien und Gesetze zustehenden Partizipationsrechte oft erst dann wahrnehmen können, wenn es bereits zu einer abschließenden Entscheidung über bestimmte Maßnahmen gekommen ist, d.h., wenn die Planung und Ausarbeitung von Klimapolitiken bereits abgeschlossen ist. Damit können die zivilgesellschaftlichen Akteure in der Regel nur noch über das „wie“ nicht aber über das „ob“ entscheiden. Im Extremfall kann diese Konstellation dazu führen, dass sich die partizipierenden zivilgesellschaftlichen Akteure gezwungen sehen, Maßnahmen und Entscheidungen zuzustimmen, gegen die sie große Vorbehalte hegen. Würden sie ihre Zustimmung jedoch verweigern, könnte dies dazu führen, dass sie langfristig jeden Einfluss verlieren.

Grafik 1 Klimapolitische Aktivitäten der Zivilgesellschaft Quelle UfU e.V.	
Sichtbarmachen von staatlichem Handeln	Schadensbegrenzung und ergänzende Erbringung von Leistungen (z. B.: Ausfall von staatlicher Hilfe)
Öffentliche Kampagnen	Gerichtliche Verfahren
Aufbau von gesellschaftlichem Druck	Aushandlungsprozesse mit Dritten
„Watchdog“ Funktion	Erstellung von Fachinformationen für die Öffentlichkeit
Agenda-Setting	Klimapolitische und technische Beratung für Entscheidungsträger

Geringe Partizipationstiefe

Die geringe Tiefe der Beteiligung beruht in vielen Fällen darauf, dass die maßgeblichen zivilgesellschaftlichen Akteure und die betroffenen Bürger*innen überhaupt nicht oder nur punktuell in die klimapolitischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Beinhaltet die Entwicklung und Implementierung von Klimapolitik einen Partizipationsprozess für die Zivilgesellschaft, beschränkte sich dieser oftmals auf einmalige Konsultationen als Austauschformat zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Diese punktuellen und nicht institutionalisierten Beteiligungsformate führten bei den untersuchten Partizipationsprozessen weder zu einer ergebnisoffenen, gleichberechtigten Diskussion noch zu einer auf Interessenausgleich basierenden Entscheidungsfindung. In der Praxis zeigt sich dies beispielsweise darin, dass es in vielen Fällen gar nicht erst dazu kommt, dass die Lösungsvorschläge gemeinsam priorisiert werden. Am Ende liegt die Entscheidung für eine bestimmte Lösung dann häufig allein bei den staatlichen Akteuren. Insgesamt zeigt die Untersuchung, dass die Partizipation sich oftmals auf eine reine Konsultation beschränkt. Legt man das in der Partizipationsforschung verwendete Konzept einer Partizipationsleiter

zugrunde⁵, so lässt sich die Konsultation als niedrige Stufe auf dieser Leiter beschreiben. Zu einer Beteiligung im Sinne eines Empowerments kommt es dagegen erst auf den höheren Stufen des Dialogs und der Kooperation.⁶ Die beteiligten Bürger*innen verfügten in den untersuchten klimapolitischen Entscheidungsprozessen häufig weder über die für eine Entscheidungsfindung notwendigen Informationen in einer verständlich aufbereiteten Form noch über genügend Zeit, sich auf den Beteiligungsprozess vorzubereiten. Dies erschwert die Durchführung eines informierten Dialogs zusätzlich.

Werden im Rahmen von Beteiligungsprozessen Erkenntnisse, Lösungsvorschläge und Erfahrungen generiert, so können diese ihre Wirkung auf die entsprechenden Verfahren und Maßnahmen nur dann vollständig entfalten, wenn sie bei der Gesetzgebung und bei der Implementierung von Maßnahmen auch berücksichtigt werden. Die Auswertung unserer Untersuchungsergebnisse hat gezeigt, dass der Erfolg von Beteiligungsprozessen maßgeblich davon abhängt, wie gut es im Einzelfall gelingt, die Ergebnisse der Partizipation in konkrete Maßnahmen umzusetzen und auf diese Weise zu verstetigen. In vielen der ausgewerteten Fälle gelang dies nur teilweise oder überhaupt nicht.⁷ Ein wesentliches Problem besteht hierbei in

der fehlenden Transparenz.⁸ In den meisten Fällen existieren weder Leitlinien für die Übertragung der Ergebnisse in die politische und rechtliche Praxis noch die Möglichkeit eines organisierten Feedbacks. Damit fehlt ein wichtiger Ansatzpunkt für eine Korrektur der umgesetzten Maßnahmen. Denn bestehende Leitlinien und ein funktionierender Feedbackmechanismus führen dazu, dass staatliche Akteure öffentlich begründen müssen, warum sie bestimmte Vorschläge und Ergebnisse des Beteiligungsprozesses nicht übernehmen.

Shrinking Spaces der zivilgesellschaftlichen Sphäre

Viel tiefgreifender als diese Defizite der Beteiligungsprozesse schränkt jedoch die in den letzten Jahren in vielen Ländern zunehmende Beschneidung des Civic Space, also des Handlungsspielraums der Zivilgesellschaft, die Partizipationsmöglichkeiten von Umweltaktivist*innen ein. Wenn zivilgesellschaftliche Akteure aufgrund ihres Engagements um ihre Sicherheit oder gar ihr Leben fürchten müssen, ist oft auch die Teilnahme an offiziellen Partizipationsprozessen mit einem hohen Risiko verbunden. In vielen Ländern des globalen Südens, aber zunehmend auch in Europa, sind diese Shrinking Spaces der zivilgesellschaftlichen Sphäre sichtbar. Neben Beschränkungen der zivilgesellschaftlichen Handlungsfähigkeit durch den Aufbau von aufwendigen Verwaltungs- und Bewilligungsprozessen und der staatlichen Einschränkung der Annahme von (ausländischen) Spenden sowie Einschränkungen der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit führen in vielen Staaten auch Schikanen, körperliche Gewalt, Kriminalisierung von Aktivist*innen, willkürliche Verhaftungen und Morde zu einer Verkleinerung des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums.⁹ Aktuell (Stand Ende 2019) leben nur 3 % der Weltbevölkerung in Ländern mit einem offenen Handlungsraum für die Zivilgesellschaft.¹⁰ Über 100 Staaten haben Gesetze erlassen, die die Tätigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen einschränken – Ausdruck eines weltweiten Trends zu autoritären Regimen.¹¹

Zivilgesellschaftliche Akteure als Opfer von Gewalt

Schockierend ist, dass sich die Zahl derer, die für ihren Aktivismus ermordet wurden in den vergangenen 10 Jahren vervierfacht hat. Die wachsende Bedeutung einer globalen medialen Öffentlichkeit hat einerseits

dazu geführt, dass Umweltaktivist*innen in vielen Fällen mehr Unterstützung erhalten und damit mit größerem Nachdruck im öffentlichen Raum auftreten und ihre Ziele verfolgen können, zum anderen hat die wachsende Sichtbarkeit und das damit oftmals verbundene öffentliche Prestige jedoch nicht automatisch dazu geführt, dass die Aktivist*innen deswegen besser vor Angriffen und Repressalien geschützt sind.¹² Eine Sammlung von Fallstudien der Coalition for Human Rights in Development zeigt, dass Aktivist*innen in zunehmendem Maße bedroht sind, gerade weil sie medial präsenter sind. Prominentes Beispiel dafür ist der Mord an Berta Cáceres, die sich mit der Organisation Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras gegen den Bau des Agua-Zarca-Damms einsetzte. Sie war Preisträgerin des renommierten Goldman Preises und Mitglied internationaler Netzwerke, die sich dem Schutz von Aktivist*innen verschrieben haben.¹³

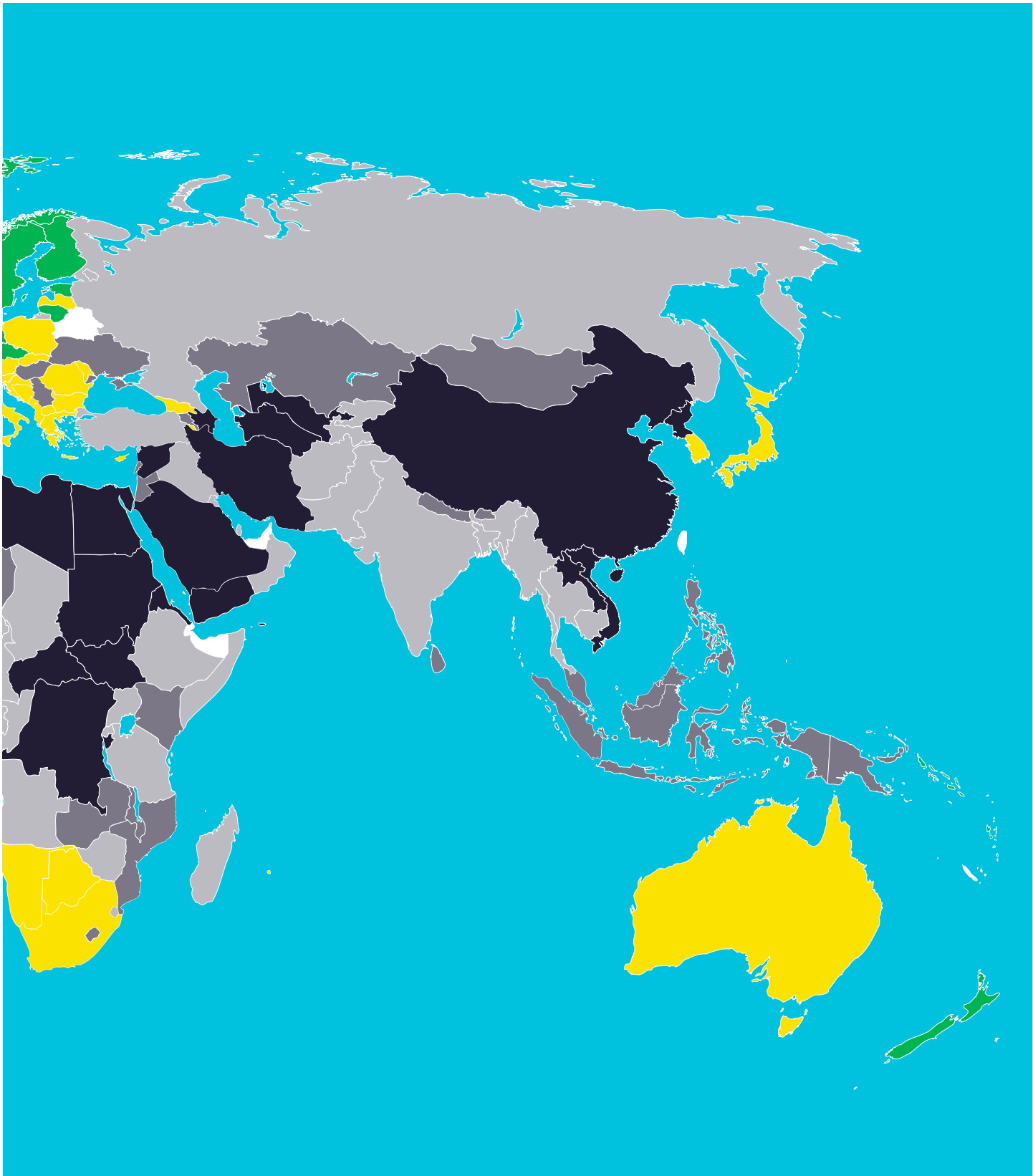
Einschüchterung und Behinderung statt Kooperation

Diese Entwicklung steht im auffälligen Gegensatz zu offiziellen Erklärungen vieler Regierungen, bei umwelt- und klimapolitischen Fragen auch die Zivilgesellschaft mit einzubeziehen.

Ein aktuelles Beispiel hierfür ist Chile: So wurde bei der Erarbeitung der nationalen Strategie für das Klima und die Vegetation (Estrategia Nacional de Cambio Climático y Recursos Vegetales) die Bevölkerung durch Konsultations- und Partizipationsprozesse zwar stärker eingebunden als dies in Chile sonst üblich ist. Doch laut Aussagen von Vertreter*innen der chilenischen Zivilgesellschaft komme die Umsetzung der erarbeiteten Lösungsvorschläge in konkrete Maßnahmen und Programme bisher nur langsam voran.¹⁴ Zudem würden die Beschlüsse durch das Verhalten staatlicher Sicherheitskräfte teilweise konterkariert. Es komme nach wie vor zu Einschüchterungsversuchen durch die Polizei. Durch das harte Vorgehen der Polizei gegen Demonstrant*innen, durch willkürlich erscheinende Verhaftungen und Drohungen gegenüber kritischen Stimmen sei eine Atmosphäre entstanden, die viele Menschen davon abhielte, sich an den von der chilenischen Regierung initiierten Beteiligungsprozessen zu beteiligen.¹⁵ Auf der anderen Seite werden die durch die chilenische Zivilgesellschaft selbst initiierten, basisdemokratischen Partizipationsprozesse auf Nachbarschaftsebene (Cabildos) von der chilenischen Regierung bisher meist ignoriert.¹⁶

Grafik 2 Status des civic space weltweit, für das Jahr 2019
Quelle: Brot für die Welt, Atlas der Zivilgesellschaft





unterdrückt

geschlossen

Partizipationsmöglichkeit besteht oft nur auf dem Papier

Das fehlende Bewusstsein für die Wichtigkeit einer möglichst breiten Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Bewältigung der durch den Klimawandel hervorgerufenen Krisen lässt sich in vielen Fällen auf eine allgemeine Konzeptlosigkeit staatlicher Akteure zurückführen. Anstatt gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren nach Lösungen zu suchen und einen möglichst großen Teil der Gesellschaft in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, besteht die Partizipationsmöglichkeit häufig nur auf dem Papier. Damit aber wird verhindert, dass es zu einer wirksamen von der breiten Bevölkerung getragenen Umsetzung klimapolitischer Ziele – notfalls auch gegen rein ökonomische Interessen – kommt. Im Gegenteil bleiben so oft die Interessenverflechtungen zwischen der politischen Verwaltung und mächtigen ökonomischen Interessengruppen bestehen, die sich einer demokratischen Kontrolle weitgehend entziehen.

Trotz dieser hier skizzierten negativen Trends, gibt es in einigen Ländern auch Ansätze zu einer Verbesserung von Partizipationsmöglichkeiten in der Umweltpolitik. So wurde nach längerem Stillstand das auf den lateinamerikanischen und karibischen Raum bezogene Escazú-Abkommen nun auch in Kolumbien von der Regierung unterzeichnet und somit der Ratifizierungsprozess in Gang gesetzt.¹⁷ Unter dem Motto „Escazú Ahora! (Escazú Jetzt!)“ haben sich zahlreiche Nichtregierungsorganisationen aus ganz Lateinamerika zusammengeschlossen, um der Forderung nach einer Unterzeichnung und Ratifizierung des Abkommens besonderen Nachdruck zu verleihen.¹⁸

Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten durch internationale Abkommen

Das Escazú-Abkommen ist, ähnlich wie die Aarhus-Konvention, ein internationales Abkommen, welches das Recht auf Information (in Umweltfragen) schützen, eine Beteiligung der Öffentlichkeit an Verfahren mit Umweltauswirkungen garantieren und den Zugang zu Gerichten in umweltrechtlichen Verfahren ermöglichen soll. Mit Artikel 9 enthält das Abkommen einen Abschnitt, der sich explizit mit der Gefährdung von Umweltaktivist*innen beschäftigt und deren Schutz fordert. Artikel 9 legt fest, dass die Verantwortung für den Schutz von Umweltaktivist*innen bei den Unterzeichnerstaaten liegt. Diese müssen ein für

Umweltaktivisten sicheres Umfeld garantieren. Auch sollen Staaten adäquate und effektive Maßnahmen ergreifen, um die Rechte der für die Umwelt aktiven Personen, Gruppen und Organisationen zu schützen und zu fördern, damit diese frei von Bedrohungen, Restriktionen und Unsicherheit handeln können. Artikel 9 des Abkommens hat somit durchaus Potenzial, Umweltaktivist*innen zu schützen und Angriffen auf sie vorzubeugen.¹⁹ Trotzdem bleibt offen, ob und wie die im Escazú-Abkommen definierten Rechtsgrundsätze sich praktisch auswirken werden.

In der Aarhus-Konvention ist mit Artikel 3(8) ebenfalls ein Prinzip verankert, dass dem Schutz von Umweltaktivist*innen gewidmet ist. Allerdings ist es nicht so detailliert ausgearbeitet wie die Vorgaben für die drei Säulen Umweltinformation, Beteiligung und Klage. Mittlerweile wurde jedoch auch von den Initiatoren der Aarhus-Konvention erkannt, dass dem Schutz von Umweltaktivist*innen eine besondere Bedeutung zukommt. Dies spiegelt ein wachsendes Bewusstsein für die Gefahrenlage wider, in der sich Aktivist*innen der Zivilgesellschaft aufgrund von Repressalien und Gewalt immer öfter befinden. Die wachsende Gefährdung von Umweltaktivisten weltweit wird auch in der Resolution des UN-Menschenrechtsrats vom März 2019 thematisiert. Die Staaten der Welt werden darin aufgerufen, die Rechte und die Unversehrtheit von Umweltaktivist*innen zu sichern.²⁰

Auch in Europa häufen sich Vorfälle von Diskriminierung, Anfeindung und öffentlichen Angriffen von Umweltaktivist*innen. So berichtet die Organisation Justice & Environment, einem Netzwerk europäischer Umweltorganisationen, von insgesamt dreizehn Fällen innerhalb des Jahres 2018 – darunter Anfeindungen in den Medien, Strategische Klagen gegen Vereine, Einschüchterung und Gewalt.²¹ Solche Entwicklungen zeigen, wie wichtig es ist, sich dieses Themas verstärkt anzunehmen und ein allgemeines Bewusstsein für die Gefahrenlage zu schaffen.

SARS-CoV-2-Pandemie: Mitnahmeeffekte gefährden zivilgesellschaftliche Akteure

Die seit März 2020 weltweit geltenden Einschränkungen infolge der SARS-CoV-2-Pandemie wirken sich auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens und damit auch auf den Bereich der Zivilgesellschaft aus. Auch wenn es für eindeutige Schlussfolgerungen noch zu früh ist, lassen sich doch bereits gewisse Tendenzen feststellen. Die weltweit beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie beschränken sich nicht

auf die Wirtschaft, sondern erstrecken sich auf den gesamten Bereich des öffentlichen Lebens und der Grundrechte. Viele Indizien deuten darauf hin, dass es hierbei weltweit auch zu starken Mitnahmeeffekten kommt. So berichten Menschenrechtsgruppen über vielfältige, unverhältnismäßige und unangemessene Beschränkungen der Zivilgesellschaft. Darunter Zensur, Arrest für die Verbreitung von Informationen, Einschüchterungen und überzogene Notstandsgesetze.²² Das Peace-Research-Institute in Frankfurt zieht Parallelen zu Shrinking Spaces in anderen Krisenzeiten und befürchtet, dass viele Staaten den Zeitpunkt nutzen, um überzogene Einschränkungen gegen die Zivilgesellschaft in Kraft zu setzen.²³ Solange die Gefahrenlage durch das Virus anhält, lassen sich entsprechende Maßnahmen im Sinne eines effektiven Schutzes der Bevölkerung als Ausnahme- oder Notstandregeln rechtfertigen. Allerdings besteht die Gefahr, dass die entsprechenden Ausnahmeregelungen auch nach dem Ende der Pandemie beibehalten werden und auf diese Weise einfach Fakten geschaffen werden. Erinnerungen an die Bankenkrise von 2009 werden wach.

Auch infolge der Bankenkrise von 2009 mussten sich viele NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteure mit starken vor allem finanziellen Einschränkungen arrangieren. Die Bankenkrise 2009 hat zu einer teilweisen Schwächung und Marginalisierung zivilgesellschaftlicher Akteure durch den Wegfall staatlicher und privatwirtschaftlicher Förderungen geführt. Angesichts der enormen im Augenblick noch gar nicht abzuschätzenden weltwirtschaftlichen Folgen der Pandemie ist davon auszugehen, dass es nicht nur im Bereich der Kultur und des Sozialstaates, sondern auch im Bereich des Klima- und Umweltschutzes zu massiven Kürzungen kommen wird. Dadurch werden sich die finanziellen Bedingungen für zivilgesellschaftliche Akteure in den kommenden Jahren vermutlich deutlich verschlechtern. Vieles wird dabei von den politischen Entscheidungen – wie beispielsweise der gezielten Förderung der Elektromobilität oder dem Ausbau der Digitalisierung – abhängen.

Die Krise bietet hierbei auch eine Chance – gibt es doch gerade im Augenblick eine grundlegende Akzeptanz für einschneidende politische Veränderungen. Andererseits zeigt das Beispiel der Bankenkrise von 2009, dass in wirtschaftlichen Krisenzeiten oft der Ruf nach wirtschaftlicher Deregulierung und dem Abbau ökologischer Standards laut wird.²⁴ Vor diesem Hintergrund befürchten Umweltaktivisten, dass politische Akteure versuchen könnten, mit Hilfe eines entgrenzten Wirtschaftswachstums die wirtschaftlichen Folgen der SARS-CoV-2-Pandemie einzudämmen. Es sind jedoch auch andere Szenarien für die Zeit nach der Pandemie denkbar.²⁵

Die Krise als Chance

So ließe sich der Neustart der Wirtschaft auch unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit organisieren. Es wäre denkbar, dass staatliche Aufbauhilfen stärker als bisher an Nachhaltigkeitskriterien gekoppelt werden. Zugleich liegt in den erzwungenen Veränderungen der Arbeits- und Lebensweise vieler Menschen auch die Chance für einen Paradigmenwechsel. So könnten zukünftig mehr Arbeitsvorgänge als bisher in den digitalen Raum verlagert werden. Die Digitalisierung und Virtualisierung von Teilen der Arbeitswelt – insbesondere im Dienstleistungssektor – könnte zu einer deutlichen Reduzierung von Treibhausgasen führen. Eine Veränderung des Konsumverhaltens könnte zu bewussteren und nachhaltigeren Formen des Konsums führen. Ob die Krise jedoch tatsächlich zu einem Paradigmenwechsel führt und ob entsprechende politische Entscheidungen substanzielle Veränderungen herbeiführen und nicht bloß eine Art Alibifunktion haben wird sich erst noch zeigen.

Es besteht zumindest die Hoffnung, dass die Krise Handlungsräume schafft, um bereits vorliegende Konzepte für eine klimafreundliche und klimaresiliente Wirtschaftsweise umzusetzen. Ein wichtiger Unterscheid bleibt jedoch bestehen: Während es im Fall von SARS-CoV-2 um eine unmittelbare Bedrohung der Gesundheit geht, wirkt sich der Klimawandel nicht immer unmittelbar und kurzfristig aus. Der Ursachenkomplex und das Zusammenspiel ganz verschiedener Faktoren ist im Fall des Klimawandels deutlich komplexer. Daher gestaltet es sich hier häufig schwieriger, aus einer Bedrohungssituation heraus klare Handlungsanweisungen zu formulieren und Akzeptanz für Einschränkungen und Einschnitte zu schaffen.

Zivilgesellschaftliche Akteure schaffen Akzeptanz vor Ort

Die Bankenkrise 2009 hat im zivilgesellschaftlichen Sektor nicht nur zu Einschränkungen geführt, sondern zugleich ein Umdenken befördert und zu einer teilweisen Erneuerung der NGO-Szene geführt. Neue Finanzierungsmodelle wurden ausprobiert und andere Wege der Ansprache und der Kooperation gefunden.²⁶ Die Bereitschaft, sich angesichts krisenhafter Entwicklungen auf neue Wege einzulassen und neue Ideen umzusetzen, zeigt, welches Potential zur Krisenbewältigung die Zivilgesellschaft bietet. Zugleich können viele zivilgesellschaftliche Akteure aufgrund ihrer lokalen Verankerung einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung politischer Maßnahmen vor Ort leisten, indem sie Akzeptanz schaffen und damit zu einem

langfristigen Erfolg der entsprechenden Maßnahmen und Entscheidungen beitragen. Denn die Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen können letztlich nur dann erfolgreich sein, wenn sie von großen Teilen der Bevölkerung getragen werden. Gerade darum sollte die Politik ein Interesse daran haben, zivilgesellschaftliche Akteure – mehr als bisher – in die Entscheidungsfindung und die Umsetzung von Maßnahmen einzubinden. Durch die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure erhalten politische Entscheidungsträger oftmals ein unmittelbares Feedback, was es ihnen ermöglicht, politische Maßnahmen im Hinblick auf Akzeptanz und Belastungsgrenzen anzupassen und zu justieren.

Die aktuelle Krise – so lässt sich abschließend festhalten – bietet die Möglichkeit, neue Wege der Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren einzuschlagen. Dabei müssen zum einen formale Barrieren abgebaut und Beteiligungsprozesse stärker institutionalisiert werden. Zum anderen darf die wachsende Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure, insbesondere ihre mediale Sichtbarkeit, nicht dazu führen, dass diese verstärkt politischen Repressalien und Gefahren ausgesetzt sind. Die diesem Artikel zugrunde liegenden Untersuchungen von Beteiligungsprozessen zeigt, dass hier nach wie vor ein großer politischer Handlungsbedarf besteht.

- 1 Kovac, Sarah; Sperfeld, Franziska; Ettl, Severin; Stolpe Fabian: Zwischen Klimagerechtigkeit und der Implementierung der NDCs: Beiträge der Zivilgesellschaft zur Klimapolitik in sieben Ländern, UfU Papier 01/2019, Berlin 2019.
- 2 Milano, Flavia (Hr): Governments and Civil Society Advancing Climate Agendas, Inter-American Development Bank (IDB2018). Siehe auch: United Nations Climate Change, Admitted NGOs, https://publications.iadb.org/publications/english/document/Governments_and_Civil_Society_Advancing_Climate_Agendas_en_en.pdf (27.04.2020).
- 3 ZIVIKLI – Stärkung der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der nationalen Klimapolitik.
- 4 Für die Studie Civic space for participation in climate policies in Georgia, Ukraine and Colombia, die im Rahmen des ZIVIKLI Projektes entstand, wurde weltweit nach Beispielen für eine gelungene Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Planung und Implementierung von Klimapolitik auf (sub-) nationaler Ebene gesucht.
- 5 Für eine Beschreibung und Diskussion des Konzepts siehe: <https://bit.ly/38pVpjF> (11.06.2020).
- 6 Ebd. (11.06.2020). Rohr, Jascha; Ehlert, Hanna; Hörster Sonja; Oppold, Daniel; Nanz, Patrizia: Bundesrepublik 3.0, Dessau 2019.
- 7 Vgl. Donges, Larissa; Stolpe, Fabian; Sperfeld, Franziska; Kovac, Sarah: „Civic space for participation in climate policies in Georgia, Ukraine and Colombia.“ (Seitenzahlen folgen).
- 8 Ebd.
- 9 Baldus, Jana; Poppe, Annika Elena; Wolff, Jonas: Shrinking Spaces, in: afrika süd, Heft 5, 2018, Dossier: Zivilgesellschaft, <https://bit.ly/38r4LLH> (11.06.2020). Siehe auch: Coalition for Human Rights in Development: Uncalculated Risks, Threats and attacks against human rights defenders and the role of development financiers, <https://bit.ly/2V8UiiU> (11.06.2020).
- 10 Jakob, Christian; Leifker, Maren; Meissler, Christine: Atlas der Zivilgesellschaft, Berlin 2019.
- 11 European Parliament: Directorate General for External Policies (2017): Shrinking space for civil society: the EU response, <https://bit.ly/3iqbuKA> (11.06.2020).
- 12 Smith, Kristina: The Harrassment of Environmental Defenders in the European Union: A case study report, 2019, <https://bit.ly/3eXmwoB>.
- 13 Coalition for Human Rights in Development 2019: Uncalculated Risks. Threats and attacks against human rights defenders and the role of development financiers, <https://bit.ly/3gsuy9n> (11.06.2020).
- 14 Interview mit dem WWF Chile und weiteren Vertretern der chilenischen Zivilgesellschaft im Rahmen der Studie „Civic space for participation in climate policies in Georgia, Ukraine and Colombia.“
- 15 Rückmeldungen mehrerer Teilnehmenden des Workshops „Raising Ambition through Civil Society Participation: Broaden the spaces of civil society participation in climate policies“ am 5. Dezember 2019 auf der alternativen Klimakonferenz (Cumbre de los Pueblos) in Santiago de Chile.
- 16 Weichler, Marius: Proteste in Chile gehen weiter, in: amerika21 Nachrichten und Analysen aus Lateinamerika, <https://bit.ly/2YWvQDr> (18.05.2020).
- 17 Comunicado de la Alianza por el Acuerdo de Escazú en Colombia, <https://bit.ly/30svOEF> (07.04.2020).
- 18 <https://bit.ly/2C4i0WY> (07.04.2020), Siehe hierzu auch: Escazu Ahora Kolumbien, <https://escazuahora.com.co/> (08.04.2020) Escazú Ahora Peru, <https://escazuahora.pe/> (08.04.2020).
- 19 Gómez Peña, Natalia: Colombia y el Acuerdo de Escazú. Democracia ambiental en el derecho Internacional. Bogota: Ambiente y Sociedad 2018, S.38.
- 20 United Nations Human Rights Council, Resolution A/HRC/40/L.22/Rev.1, <https://undocs.org/A/HRC/40/L.22/Rev.1>.
- 21 Smith, Kristina: The Harrassment of Environmental Defenders in the European Union: A case study report, 2019, <https://bit.ly/3eXmwoB>.
- 22 Vgl. CIVICUS Monitor 2020: <https://monitor.civicus.org/COVID19/> (27.04.2020)
- 23 Wolff, Jonas; Bethke, Felix: COVID-19 as a Threat to Civic Spaces Around the World, in: PRIF BLOG, 01.04.2020, <https://bit.ly/3gsxdQp> (25.04.2020).
- 24 Vgl. Sperfeld, Franziska; Niebert, Kai; Klostermeyer, Theresa; Ebert Hauke: Winning the campaign but loosing the planet. Stärken und Schwächen der Umweltbewegung auf dem Weg in eine Nachhaltige Gesellschaft, 2016, <https://bit.ly/2ZDhirs>.
- 25 Deutscher Naturschutzrings: Corona-Krise: Standpunkte unserer Mitglieder: , <https://bit.ly/38qRinu> (31.05.2020). Siehe auch: Umweltbundesamt: Der Einfluß der Corona-Krise auf die Umwelt, 03.04.2020, <https://bit.ly/20513hP> (31.05.2020).
- 26 European Economic and Social Committee 2012: The impact of the Crisis on Civil Society Organisations in the EU, <https://bit.ly/2YUu8T1>.

Franziska Sperfeld

Diplom Umweltwissenschaftlerin. Seit 2006 am UfU im Fachgebiet Umweltrecht & Partizipation tätig, seit 2019 Fachgebietsleiterin.



Sarah Kovac

M.Sc. Technologie- und Ressourcenmanagement in den (Sub-)Tropen. Seit 2016 am UfU im Fachgebiet Umweltrecht & Partizipation als Projektleiterin tätig.



Im Projekt ZIVIKLI berät das UfU gemeinsam mit dem BUND Nichtregierungsorganisationen in Georgien, der Ukraine sowie Kolumbien, die sich in ihren Ländern für das Thema Klimaschutz einsetzen. Das UfU führt im Rahmen des Projektes eine Statusanalyse zur Beteiligung der NGOs an der nationalen Klimaschutzpolitik durch.